

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister,
- mein „running gag“: es ist immer noch keine Frau dabei –,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren im Publikum,
auch die Presse sei begrüßt.

Fast wird es für mich schon zur Routine für die Bunte Linke unsere Haushaltsanträge vorzustellen und zu begründen.

Wieder orientieren wir uns an unseren Grundsätzen, ablesbar aus dem Namen unserer Wählervereinigung. Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden.

Auch schon Routine für Sie: Wir sind mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters nicht einverstanden. Vor allem wegen der auch jetzt in Zeiten guter Konjunktur sehr hohen Neuverschuldung. Wir möchten den Entwurf komplett zur Überarbeitung zurückgeben, mit dem Auftrag, das grundsätzliche Strickmuster an den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung auszurichten.

Da das aber voraussichtlich keine Mehrheit finden wird, haben wir einige Anträge ausformuliert. Sie betreffen unsere Position zu Konversion und Wohnungsbau, die Notwendigkeit einer strikten Zurückhaltung bei Großprojekten, eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Aufwertung der Freien Träger und der sozialen Unterstützungssysteme, Verbesserung der Transparenz und der Bürgermitbestimmung, eine grundlegende und langfristige Verbesserung der Einnahme- und Vermögenssituation der Stadt, außerdem – darüber werde ich nicht sprechen – eine Reihe kleinerer Anträge im Bereich Abfallwirtschaft und der Antrag, die Freihaltung von Durchlüftungsbahnen und Kaltluftentstehungszonen im Produkt- und Leistungsplan der Stadt festzuschreiben.

Insgesamt landen wir mit dem, was für uns berechenbar ist – es umfasst nicht alles – bei einer Verbesserung der Haushaltssituation von 5 Millionen Euro und darin sind schon 5 Millionen Euro für 2018 - Investitionen in Wohnungsbau - abgezogen, die wir auch bereitstellen können.

Es sind bereits viele Beschlüsse gefasst, die dem Wohnungsbau auf den Konversionsflächen Vorrang einräumen. Das ist sehr gut, doch geht es uns nicht weit genug.

Vielfach haben wir es angesprochen und erläutert, Grund und Boden sind nicht vermehrbar, sie sind zu behandeln wie Luft und Wasser und sollten allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Zumindest muss der steigenden Bodenspekulation wirksam die Basis entzogen werden. Deshalb stellen wir den Antrag, die gesamte noch zur Verfügung stehende Konversionsfläche im städtischen Eigentum zu behalten.

Mit einem grundsätzlichen Erbbaurechtsbeschluss wären wir in guter Gesellschaft. Neben Zürich, das wir ja schon im Wahlkampf vorgestellt hatten, haben auch München, Frankfurt, Berlin, Wien und eine Reihe größerer und kleinerer Städte dem Thema Erbbaurecht ganz hohe Priorität zugeordnet. Heidelberg könnte sich hier einreihen und gehört auch hierhin. Wir müssen nur den politischen Mut aufbringen und uns dem Markt und der Macht der Immobilienlobby entgegenstellen, einen Anfang aus dem Ausstieg der Bodenspekulationsspirale wagen. Heidelberg wird nicht untergehen und es wird auch weiterhin kompetente Partner für Wohnen und Arbeiten in der Stadt geben, und vielleicht erst recht dann, wenn kein einziger Quadratmeter mehr aus öffentlichem Eigentum in privates Eigentum übergeht.

Das Münchner Programm benennt ganz klar die Vorteile des Erbbaurechts: die Möglichkeit der Flächenvergabe zur Bebauung ohne die Flächen dauerhaft aus der Hand zu geben, ein Mittel gegen Bodenspekulation, ein längerfristiges Steuerungsinstrument, vor allem auch in wohnungspolitischer Hinsicht, Handlungsoptionen für die Zukunft bleiben offen.

Auch die Risiken und Probleme der Erbbaurechtsverfahren werden im Münchner Projekt genannt, aber als beherrschbar eingestuft. Im Rahmen des Münchner Programms ist die Schaffung von drei Stellen nur für die Abwicklung der Erbbaurechtsangelegenheiten inklusive Bewertung vorgesehen. Selbstverständlich müssen wir unsere Ämter ebenso aufstellen.

Wir beantragen – nur damit kommen wir zu unseren hohen Erträgen –, dass weder für das neue Kongresszentrum noch für das Mark-Twain-Center in der Südstadt auch nur ein einziger städtischer Euro in Zukunft ausgegeben wird.

Diese Projekte führen neben den hohen Investitionskosten zu langfristig hohem Unterhalts- und Betriebsaufwand. Dieser lässt sich pi mal Daumen für alle Investitionen mit jährlich circa 5 %, eher gegen 10 %, der Investitionssumme abschätzen. Schnell können Sie also bei Investitionsvorschlägen durch Streichen der letzten Null jeweils grob abschätzen, wie der städtische Haushalt längerfristig belastet wird. Die Zahlen sind gigantisch. In welchem Umfang schlägt uns der Oberbürgermeister vor, so zu handeln? Daten zu Lohn- und Einkommensstatistiken zeigen eine eindeutige Tendenz und es ist abschätzbar, dass die Situation sich in Heidelberg ähnlich verhält, wie im Rest der Republik.

Die Lorenzkurven der Einkommensverteilung beschreiben die persönliche Situation der Menschen in der Stadt eindrucksvoll. Die Anzahl der Menschen ohne und mit sehr niedrigem Einkommen steigt. Das mittlere Einkommen sinkt. Betrachtet man jetzt auch noch den Gini-Koeffizienten, der das Auseinanderklaffen beschreibt, stellen wir fest, der Gini-Koeffizient steigt erheblich, in Heidelberg mittlerweile auf 0,55 – das ist Spitze in Baden-Württemberg.

Was bedeutet das? 2001 und 2004 – das sind die letzten konkreten Zahlen, die zur Verfügung sind, 2001 verfügte die untere Hälfte der Menschen in der Stadt gemeinsam über 15 % des Gesamteinkommens in der Stadt. 2004 verschärft sich die Situation. Es sind nur noch 10 % des Gesamteinkommens in der Stadt, über das 50 % der Menschen verfügen.

Wie die Situation heute aussieht, wissen wir nicht, Daten liegen nicht vor.

Es mag sein, Herr Gradel, dass die Stadt wächst, aber die Einkommens- und Vermögenssituation der einzelnen Menschen in der Stadt beschreibt das Gegenteil.

Soziale Fragen und persönliche Problemlagen gewinnen deshalb auch in Heidelberg weiter an Bedeutung. Beratung, Betreuung und Prävention sind nötiger als je zuvor. Die Beratungszahlen steigen kontinuierlich.

Wir haben nicht viele Anträge, aber wir bitten darum, dass der Gemeinderat unserem Antrag auf Verbesserung der Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungs- und Unterstützungssystemen folgt. Andere Fraktionen haben prinzipielle Anträge dazu gestellt, das finde ich gut, wir werden das unterstützen. Bei den meisten Vorschlägen zur Finanzierung der Projekte fehlt das Signal, dass die Unternehmen, die das für uns tun, die freien Partner, auch wirklich anerkannt sind. Ein Festschreiben der Personalkosten auf Werte von 2016 sind das falsche Signal. Das haben auch schon mehrere gesagt.

Beispielhaft haben wir es ausgeführt am Frauennotruf. Da habe ich einen kleinen Einblick, wie es wirklich läuft. Die Mitarbeiterinnen sind eingestuft in Tarifgruppe 11, von Herrn Holschuh haben wir gehört auf Basis von 2010/2011, das ist in der öffentlichen Verwaltung eher eine Berufsanfängereingruppierung. Die Mitarbeiterinnen im Frauennotruf verfügen über langjährige Erfahrungen und zusätzliche mehrfache Qualifikationen.

Das ist nicht nur beim Frauennotruf der Fall, sondern auch in einer Reihe anderer sozialer Einrichtungen. Beim Frauennotruf ist aber die aktuelle Situation sehr kritisch. Für das Januargehalt ist nicht mehr genug Geld da, sollten die Abschlagszahlungen der Stadt verspätet eintreffen.

Prinzipiell gilt also, dass wir darauf Rücksicht nehmen müssen, was mit unseren freien Partnern passiert.

Generell zur Ausstattung der Stadt:

Zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Stadt, und zwar langfristig, halten wir – wie schon gesagt – die Streichung der prestigeträchtigen Großprojekte für nötig und Steuererhöhungen sind prinzipiell der angemessene und richtige Weg. Da wir nicht nur eine Gruppe belasten möchten, stellen wir neben der Gewerbesteuererhöhung auch den Antrag auf Grundsteuererhöhung. Betonen möchte ich, dass wir diese Steuererhöhungen nicht nutzen möchten für Prestigeprojekte, sondern für langfristigen Vermögensaufbau und die Schaffung von Wohnraum.

Zu Prioritätenlisten und Darstellungen wurde von anderen bereits einiges ausgeführt. Wir sind der Meinung, städtisches Handeln hat in erster Linie den Menschen in der Stadt zu dienen und ihnen notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, und zwar all denen, vor allem, die selbst nicht so zahlungskräftig sind, nur 35 %, die über das durchschnittliche Einkommen verfügen, kann zugemutet werden, aus ihrem Einkommen ihre konsumtiven Wünsche zu erfüllen.

Danke sehr.